

**Protokoll der öffentlichen Sitzung Nr. 28/2023-27 des Beirates Oberneuland vom
23.06.2026
auf dem Lür-Kropp-Hof, Rockwinkeler Landstraße**

Beginn der Sitzung: 19:22 Uhr

Ende der Sitzung: 21:35 Uhr

Teilnehmer*innen:	Frau Tamina Kreyenhop (CDU; Beiratssprecherin) Herr Frank Müller-Wagner (CDU, Fraktionssprecher) Herr Hans-Jürgen Lotz (CDU) Frau Petra Penning (CDU) Herr Markus Bersebach (CDU) Herr Felix Eichner (SPD, Fraktionssprecher) Herr Cemal Kocas (Bündnis 90 / Die Grünen, Fraktionssprecher) Herr Dr. Stefan Kraß (Bündnis 90 / Die Grünen) Herr Uwe Bornkeßel (FDP, Fraktionssprecher; stellv. Beiratssprecher) Herr Soeren Helms (FDP)
Entschuldigt:	Frau Juliane Bischoff (CDU) Frau Alexa von Busse (CDU) Frau Ulrike Hirth-Schiller (SPD)
Referent*in / Gäste:	Senatorin für Inneres und Sport, Frau Dr. Eva Högl, Dr. Knud Dietrich (Abteilungsleiter Direktion Einsatz, Regionale Abteilung)
Sitzungsleitung:	Herr Matthias Kook (Ortsamt Oberneuland)
Protokoll:	Frau Tamara Priemel (Ortsamt Oberneuland)

Vorgesehene Tagesordnung:

- 1. Begrüßung und Festlegung der Tagesordnung**
- 2. Protokoll der Sitzung vom 21.04.26**
- 3. Besuch und Austausch mit der Senatorin für Inneres und Sport, Frau Dr. Eva Högl**
- 4. Anträge, Stellungnahmen und Sachstände**
 - Stellungnahme Gesamtstädtisches Konzept Freiflächen-Photovoltaik
 - Sachstand B-Plan und weitere Schritte Wohnpark Oberneuland
 - etc.
- 5. Wünsche und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern**
- 6. Berichte** Ausschüsse, Seniorenvertretung, Fraktionen, Beiratssprecherin, Ortsamt
- 7. Verschiedenes/Termine**

TOP 1 Begrüßung und Festlegung der Tagesordnung

OAL Kook begrüßt die anwesenden Bürger und den Beirat sowie Frau Siegmund (KOP), Herrn Dr. Dietrich (Direktion Einsatz, Regionale Abteilung Ost) von der Polizei und Frau Brandstätter von der Presse.

Insbesondere wird Frau Senatorin Dr. Eva Högl begrüßt.

Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

TOP 2 Protokoll der Sitzung vom 21.04.2026

Das Protokoll vom 21.04.2026 wurde noch nicht an den Beirat versandt, liegt jedoch bereits vor. OAL Kook bittet, den verspäteten Versand zu entschuldigen.

TOP 3 Besuch und Austausch mit der Senatorin für Inneres und Sport, Frau Dr. Eva Högl

Zunächst stellt sich die Innensenatorin Frau Dr. Högl vor, begrüßt alle anwesenden Personen und bedankt sich für die Einladung. Dies biete Gelegenheit, sich dem Beirat vorzustellen und den Stadtteil kennenzulernen.

Sie hat vorab einige Themen mitgebracht, die sie vor dem Austausch mit dem Beirat und den Anwohner ansprechen möchte:

Marineoperationsschule (MOS) in Bremerhaven

Die MOS ist ein Ausbildungszentrum der Bundeswehr zur Gesamt- und Zivilverteidigung. Frau Dr. Högl hebt hier die Notwendigkeit einer einsatzfähigen Marine hervor, um im Ernstfall das Land und nicht zuletzt die Zivilbevölkerung bestmöglich verteidigen zu können. Insbesondere in diesen Zeiten sei es aufgrund der zunehmend politisch angespannten Weltlage wichtig, demokratische Werte zu verteidigen und die damit verbundenen Freiheiten und den Frieden zu schützen.

In diesem Zusammenhang lobt die Innensenatorin Frau Dr. Högl die Arbeit des Ehrenamtes, dessen Angehörige sich ebenso in ihrer Freizeit für diese Werte einsetzen würden. Die Verteidigung der Demokratie sei Aufgabe jedes Einzelnen.

Gewalt gegen Einsatzkräfte

Seit Jahren ist eine steigende Tendenz zur Gewaltausübung gegenüber Einsatzkräften zu beobachten. Die Innensenatorin betont ausdrücklich, dass Gewalt gegen Einsatzkräfte „absolut inakzeptabel“ sei und keinesfalls toleriert werden dürfe. Hierbei wird die besondere Bedeutung der Arbeit von Einsatzkräften hervorgehoben und gelobt.

Sicherheitsgefühl in den Orts- und Stadtteilen

In diesem Zusammenhang sieht die Innensenatorin ihre Aufgabe darin, sowohl das objektive als auch das subjektive Sicherheitsgefühl in Bremen zu verbessern. Hierzu nennt sie Beispiele, wie etwa Betrugsdelikte gegenüber älteren Menschen, die Schießereien in verschiedenen Bremer Stadtteilen der letzten Monate oder das Sicherheitsgefühl von Frauen, insbesondere nachts oder in Parks.

Organisationsstruktur der senatorischen Behörde

Eine weitere Aufgabe sieht Frau Dr. Högl in der Erforderlichkeit, die Organisationsstrukturen in der senatorischen Behörde und den dazugehörigen Dienststellen zu verbessern. Ziel ist hierbei, Bearbeitungsrückstände aufzuarbeiten, kurzfristig Termine zur Beantragung von Dokumenten (z. B. Personalausweisen) anbieten zu können und eine Dokumentenerstellung innerhalb von 31 Tagen zu ermöglichen.

„Bremen resilient | Landesprogramm Zivile Verteidigung“

Mit dem Landesprogramm für zivile Verteidigung mit zentraler Steuerung bereitet sich Bremen gezielt auf Krisen und Bedrohungen, wie Naturkatastrophen und Anschläge, vor. Ein eigens dafür eingerichtetes Büro bei der Senatorin für Inneres und Sport koordiniert alle Maßnahmen zentral und prüft systematisch Wechselwirkungen.

Der Senat hat das Landesprogramm am 13. Januar 2026 in seiner aktuellen Fassung beschlossen und reagiert damit umfassend auf die veränderte sicherheitspolitische Lage. Das Programm läuft zunächst bis Ende 2028 und bündelt alle notwendigen Maßnahmen für Krisen-, Spannungs- und Verteidigungsfälle.

Innensenatorin Frau Dr. Högl betont hierbei die absolute Notwendigkeit des Programms und die Wichtigkeit der ressortübergreifenden Zusammenarbeit.

Im ersten Schritt ist es erforderlich, die Versorgungsstrukturen zu modernisieren, damit die Einzelmaßnahmen effektiv greifen können. Zum anderen kann jede einzelne (Privat-)Person vorsorgen und Maßnahmen ergreifen, wie etwa ausreichend Wasser- und Lebensmittelvorräte zu Hause zu haben. Eine Broschüre hierzu kann beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) heruntergeladen oder bestellt werden und ist auch in unterschiedlichen Sprachen verfügbar.

Sportangebot

Der Innensenatorin ist der marode Zustand vieler Sporteinrichtungen und die teilweise mangelnde Ausstattung ausreichend bekannt. Kurzfristig könne sie jedoch nichts ändern. Langfristig stehen hingegen 51 Mio. € an Bundesmitteln zur Verfügung, die zur Erweiterung und Modernisierung des Sportangebotes genutzt werden können.

Diskussionsrunde

OAL Kook bedankt sich für die Ausführungen der Innensenatorin Frau Dr. Högl. Aus dem Koordinationsausschuss (KOA) sind vier Themen herausgearbeitet worden, die im Folgenden mit der Innensenatorin erörtert werden.

Verlegung der Freiwilligen Feuerwehr

In Bremen gibt es insgesamt 45 aktive Wehren. In der Gesamtbetrachtung zeigt sich, dass sich die Feuerwehren in einem schlechten Zustand befinden. Weder die Ausrüstung noch die Räumlichkeiten sind infrastrukturell ausreichend ausgestattet und teilweise marode. Die Prioritäten der Senatskanzlei (SK) liegen derzeit an anderer Stelle.

In Oberneuland gibt es aufgrund des Platzproblems derzeit einen „Aufnahmestopp“ für die Jugendfeuerwehr. Zudem passen die Fahrzeuge der Feuerwehr nicht in die Hallen. Ein zentraler Vorschlag des Beirates und der Freiwilligen Feuerwehr ist daher eine Standortverlegung – einerseits, damit das Angebot der Jugendfeuerwehr erhalten bleiben kann, und andererseits, damit die Freiwillige Feuerwehr an die heutigen infrastrukturellen Gegebenheiten angepasst werden kann.

Tamina Kreyenhop (CDU) bedankt sich ebenfalls bei Frau Dr. Högl für ihre Anwesenheit und gibt den Hinweis, dass der Standort in der Mühlenfeldstraße für die Feuerwehr aufgrund der Straßenenge und des Platzmangels ungünstig sei. Hier müsse ein zentralerer Standort – angepasst an die heutigen infrastrukturellen Herausforderungen – gefunden werden. Ein Bereich neben der Bahn ist im Bebauungsplan (B-Plan) vorbehalten, der ausreichend Platz bieten würde, um dort einen neuen, modernen und den heutigen Standards entsprechenden Feuerwehrstandort einzurichten.

Da es im Stadtteil noch kein Bürgerhaus gibt, schlägt Frau Kreyenhop (CDU) vor, das derzeit genutzte Feuerwehrhaus ggf. zu diesem Zweck umzunutzen, sofern die Feuerwehr verlegt werden würde.

Frank Müller-Wagner (CDU) stimmt der Standortproblematik zu und ergänzt, dass die Rettungseinsätze tendenziell steigen und sich die Standortproblematik dadurch zunehmend verstärkt. Gleiches gilt hinsichtlich der fehlenden Ausstattung.

Soeren Helms (FDP) schließt sich ebenfalls der Aussage an. Zudem betont er die Diskrepanz, dass viele Sachleistungen (Ausstattung) über Globalmittel statt über die senatorische Behörde finanziert werden müssen. Das bürgerschaftliche Engagement sollte hier stärker unterstützt und wertgeschätzt werden.

OAL Kook teilt diese Meinung. Die Wertschätzung sei vorhanden, jedoch sei eine bessere Unterstützung der Feuerwehr(en) durch die senatorische Behörde, etwa im Hinblick auf die Ausstattung, wünschenswert.

Aus dem Publikum wird der Hinweis gegeben, dass sich die Jugendlichen auch bei der DLRG bewerben können, die ebenfalls Bedarf an Nachwuchs bekundet. Zudem wird die Frage in den Raum gestellt, ob das jetzige Feuerwehrgelände für Sporteinrichtungen genutzt werden könne, sofern die Feuerwehr verlegt werden würde.

Innensenatorin Frau Dr. Högl stimmt den Beobachtungen bezüglich der Ausstattung der Feuerwehren grundsätzlich zu. Viele Wehren seien in einem indiskutablen Zustand. Hier müsse langfristig, aber dringend auch kurzfristig etwas passieren.

Priorisiert werden zunächst die neue Liegenschaft für die Feuerweherschule Bremen im Ortsteil Huckelriede sowie die Sanierung der Feuerwehr in Burglesum. Derzeit können nicht einmal die gesetzlichen Vorgaben erfüllt werden. Frau Dr. Högl begrüßt das hohe Engagement. Deshalb sei es wichtig, hier ausreichend gute Strukturen zu schaffen und im Gespräch zu bleiben. Der Austausch mit den Feuerwehren sei unbedingt notwendig.

Die Frage von Tamina Kreyenhop (CDU) nach der Höhe, der im Haushalt für die Arbeit der Feuerwehren veranschlagten Summe kann Frau Dr. Högl nicht genau benennen. Sie wird dies nachreichen.

Cemal Kocas (Bündnis 90 / Die Grünen) bemängelt die Annahme, dass Orts- und Stadtteile teilweisen Vorurteilen unterliegen, etwa dass es einem Stadtteil „gut gehe“ und hieraus schließlich resultiere, dass keine finanziellen Hilfen zu erwarten seien oder andere Orts- und Stadtteile bevorzugt würden, denen es „schlechter“ gehe. Alle Orts- und Stadtteile müssten gleichgestellt und gleichbehandelt werden. Jeder Stadtteil habe seine Probleme.

Zum Einwand von Herrn Kocas (Bündnis 90 / Die Grünen) hinsichtlich einer Personalaufstockung, etwa im Migrationsamt, entgegnet die Innensenatorin mit einer derzeitigen Personaleinsparung in den Ämtern aufgrund der angespannten Haushaltslage im Land Bremen.

Sportangebote und -einrichtungen

Zur Frage aus dem Publikum, ob das jetzige Feuerwehrgelände für Sporteinrichtungen genutzt werden könne, sofern die Feuerwehr verlegt werden würde, erklärt OAL Kook, dass das aktuelle Gelände dafür nach seiner Einschätzung nicht geeignet sei.

Aus dem Publikum meldet sich ebenfalls Herr Stubbe vom Bremer Hockey-Club e. V. (BHC) zu Wort. Der Club kooperiert mit anderen Vereinen im Stadtteil und ist gut vernetzt. Am 06.07.2026 ist ein Vor-Ort-Termin mit Frau Dr. Högl geplant.

In diesem Zusammenhang wird die Notwendigkeit von Sportangeboten und -einrichtungen im Stadtteil für Kinder und Jugendliche betont.

Dr. Stefan Kraß (Bündnis 90 / Die Grünen) ist derselben Auffassung – Vereine seien wichtig. Gleichmaßen müssten niedrigschwellige Angebote für Kinder und Jugendliche geschaffen werden, die nicht in Vereinen organisiert sind, so z. B. Skateparks.

Tamina Kreyenhop (CDU) führt in diesem Zusammenhang noch das Beispiel am Achterdieksee an. Seit ca. 15 Jahren wird hier ein Aufenthaltsplatz mit vielfältigen Angeboten für Jugendliche gefordert. Bisher jedoch seitens der senatorischen Behörde ohne Ergebnis. Insbesondere im Hinblick auf den Bevölkerungszuwachs müssten Flächen und Bewegungsangebote geschaffen werden.

Es wird hier nochmals die Dringlichkeit einer Grundschule für den geplanten Wohnpark angeführt. Dies ist jedoch Thema der Bildungsbehörde.

Sicherheit im Stadtteil

Von der Polizei Bremen sind Frau Katharina Siegmund (KOP) und Herr Dr. Knud Dietrich, Abteilungsleiter Direktion Einsatz, Regionale Abteilung Ost, im Publikum anwesend. Herr Dr. Dietrich stellt einige Statistiken zu Oberneuland dar. Dabei sei zu erwähnen, dass die Zahlen zu Straftaten zum Nachteil älterer Menschen sowie die Häufigkeitszahlen je 100.000 Einwohner gemeinsam mit Horn-Lehe berechnet werden. Beide Stadtteile bilden einen gemeinsamen Bereich ab. Die Angaben wurden für das Jahr 2025 erhoben.

Im Bereich *Einbruch* wurden im Zusammenhang mit Dienst-, Büro-, Fabrikations-, Werkstatt- und Lagerräumen acht Straftaten sowie beim Wohnungseinbruchdiebstahl 36 Delikte registriert. Das sind acht Delikte mehr als im Vergleich zum Vorjahr. Die Zahl der Einbrüche in Dienst- und Bürogebäuden hat sich hingegen um 18 Taten verringert.

Die Zahl der Straftaten zum Nachteil älterer Menschen liegt mit insgesamt 48 Vorgängen etwas über den Zahlen des Vorjahres mit 36 Fällen.

Im Zusammenhang mit den Häufigkeitszahlen je 100.000 Einwohner zeigt sich, dass bei den strafbaren Handlungen zum Nachteil älterer Menschen Horn-Lehe einschließlich Oberneuland mit 95 Taten unter dem Durchschnitt der Stadtgemeinde Bremen mit 109 Taten liegt.

In der Gesamtbetrachtung zeigt sich, dass Oberneuland im Vergleich zur Stadtgemeinde Bremen unterdurchschnittlich viele Straftaten zu verzeichnen hat. Jedoch sei betont, dass die Aufklärungsarbeit der Polizei sowie Beratungsstellen zum besseren privaten Schutz und moderne Sicherheitssysteme eine wesentliche Rolle bei der Prävention und letztlich auch für das Sicherheitsgefühl spielen.

Tamina Kreyenhop (CDU) spricht sich hier deutlich für die zwei KOP-Stellen und deren Verbleib in Oberneuland aus. Diese seien im Stadtteil unverzichtbar und leisteten eine gute und wichtige Arbeit. Zudem möchte Frau Kreyenhop (CDU) wissen, wie viele Auszubildende es gibt.

Innensenatorin Frau Dr. Högl stimmt dem zu und versichert den Erhalt der Stellen. Insgesamt sind 92 KOP-Stellen im gesamten Stadtgebiet verteilt. Diese leisten einen wichtigen Beitrag in den Orts- und Stadtteilen hinsichtlich des Sicherheitsgefühls und sind daher unverzichtbar.

Wie bereits erwähnt, wird trotz der angespannten Haushaltslage in den Bereichen *Polizei* und *Vollzug* das Personal aufgestockt, während in anderen Bereichen Personal eingespart wird, um das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung ganz deutlich zu stärken.

Für das Jahr 2025 wurden 219 Nachwuchskräfte der Polizei feierlich vereidigt. Insgesamt gibt es rund 3.000 neue zusätzliche Stellen. Es lässt sich außerdem seit Jahren ein Aufwuchs verzeichnen, d.h., dass weniger Beamte ausscheiden, als Stellen besetzt werden.

Verkehrsüberwachung

OAL Kook führt an, dass die Tempo-30-Strecken regelmäßiger überwacht werden müssen, zumal auch die Anzahl der Tempo-30-Strecken zunehme.

Innensenatorin Frau Dr. Högl gibt an, dass nach ihrer Kenntnis 211 Parkverstöße in den letzten zwölf Monaten geahndet wurden. Sie werde jedoch noch einmal nachsehen und die Zahlen nachreichen.

Zudem ist das Ordnungsamt dankbar, wenn zu kontrollierende Schwerpunkte dem Amt mitgeteilt werden, um dort verstärkt präsent zu sein. Derzeit ist insbesondere das sogenannte „Autoposing“ ein aktuelles Thema in der senatorischen Behörde.

Laut Polizei wurden im Jahr 2025 vier und im Jahr 2026 drei Kontrollen auf der Oberneulander Landstraße polizeilich durchgeführt. Vorwiegend hielten sich die Verkehrsteilnehmenden an die Geschwindigkeitsbegrenzung.

Felix Eichner (SPD) lobt die schnelle Reaktion auf aktuelle Situationen, etwa bei Schulbeginn und Schulschluss.

Hinsichtlich des ruhenden Verkehrs gibt Dr. Kraß (Bündnis 90 / Die Grünen) den Hinweis, dass in den Straßen Oberneulander Heerstraße, Oberneulander Landstraße und Rockwinkeleer Heerstraße das Parken am Straßenrand erlaubt ist, jedoch nicht auf den Fuß- und Radwegen, wie es wiederholt zu beobachten sei.

Aus dem Publikum wird ergänzend darauf hingewiesen, dass Am Hodenberger Deich regelmäßig die Geschwindigkeits- und Gewichtsbeschränkung missachtet werde und dort Kontrollen notwendig seien. Darüber hinaus sei zu beobachten, dass in der Apfelallee eine Seite der Kurve häufig zugeparkt ist. Dies stelle ein Gefahrenpotenzial für die anderen Verkehrsteilnehmer dar.

OAL Kook gibt zu verstehen, dass dies aus einem individuellen Verhalten resultiere, und schlägt vor, bei gesichteten Verstößen das Ortsamt oder die Kontaktpolizistinnen zu informieren.

Im Zusammenhang mit der zeitlichen Beschränkung in den 30er-Zonen oder auf 30er-Strecken gibt OAL Kook zu verstehen, dass vor Schulen, Kitas, Krankenhäusern sowie vor Alten- und Pflegeeinrichtungen durchgehend ein Tempolimit von 30 km/h von 6 bis 22 Uhr gilt. Dies sei eine politische Entscheidung.

Darüber hinaus gilt auf Straßen, die als „hochfrequentierte Schulwege“ gekennzeichnet sind, ebenfalls eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h von 7 bis 18 Uhr.

Felix Eichner (SPD) verweist abschließend zum Thema auf die Deichscheine für Pkw-Nutzer. Ohne diese dürfen keine Deichverteidigungswege befahren werden.

Innensenatorin Frau Dr. Högl bedankt sich für den Austausch. Zum Abschied übergibt Herr Bornkeßel (FDP) im Namen des Beirates der Innensenatorin ein Feuerwehrauto mit Station aus LEGO als Dankeschön.

TOP 4 Anträge, Stellungnahmen und Sachstände

Stellungnahme Gesamtstädtisches Konzept Freiflächen-Photovoltaik

Felix Eichner (SPD) hat hierzu einen ersten Entwurf an den Beirat verschickt. Dieser wurde von der CDU insbesondere mit dem ausdrücklichen Wunsch der Landwirte ergänzt, die Potenzialfläche nördlich des Bultensees als „nicht geeignete Fläche“ in die Stellungnahme aufzunehmen. Im Koordinationsausschuss (KOA) wurde schließlich der Antrag in seiner aktuellen Fassung vorgestellt und besprochen.

Bereits versiegelte Flächen, öffentliche Liegenschaften und Parkplätze sind vor Weide-, Acker- und Grünflächen für PV-Anlagen zu nutzen. Der Beirat Oberneuland fordert eine klare Priorisierungsstrategie für den Ausbau von Photovoltaikanlagen (PV-Anlagen, Freiflächen-Photovoltaikanlagen) im Bremer Stadtgebiet. Der Schutz unversiegelter Böden muss primär berücksichtigt werden. Der Beirat spricht sich daher gegen das Prinzip „Versiegelung vor Freifläche“ aus. Dies soll u. a. dem Schutz von Natur und Landwirtschaft dienen.

Daher lehnt der Beirat Oberneuland den Entwurf des FFPV in seiner jetzigen Form ab. Die vorgeschlagene Fläche nördlich des Bultensees soll weiterhin der landwirtschaftlichen Nutzung vorbehalten bleiben.

Der Entwurf steht zur Abstimmung.

Dr. Stefan Kraß (Bündnis 90 / Die Grünen) findet die Einwände der Landwirte richtig und wichtig, stimmt dem Entwurf in seiner Formulierung jedoch nicht zu. Der Bezug zu den Klimaschutzziele müsse stärker herausgearbeitet und der Aspekt, dass zunächst die versiegelten Flächen bevorzugt zu nutzen sind, deutlicher hervorgehoben werden.

Felix Eichner (SPD) widerspricht den Einwänden. Dies sei so im Antrag formuliert. Im Entwurf stehe, wie gefordert, dass zunächst die versiegelten Flächen und anschließend Freiflächen genutzt werden sollen.

Petra Penning (CDU) stimmt der vorangegangenen Aussage zu und verdeutlicht nochmals die im Entwurf gefasste Forderung des Beirates, sich erst dann auf die Freiflächen – unter Berücksichtigung der geforderten Kriterien – zu konzentrieren, wenn alle vorherigen Flächen ausgeschöpft sind. Frau Penning (CDU) erfragt, ob die Systematik des Antrags das Problem bei der Zustimmung sei, da sich bei der Forderung alle einig seien.

Frank Müller-Wagner (CDU) schlägt vor, Feinheiten bezüglich der Anmerkungen von Dr. Kraß (Bündnis 90 / Die Grünen) nachzujustieren und den angepassten Entwurf kurzfristig im Umlaufverfahren zur Abstimmung an den Beirat zu geben.

OAL Kook gibt zu verstehen, dass alle Vorhabenträger den gesetzlichen Vorgaben unterliegen, wie in einem gängigen Verfahren auch. In dem Konzept werden anhand festgelegter Kriterien ausschließlich Potenzialflächen herausgearbeitet. Es findet keine Enteignung statt. Der Bau von PV-Anlagen bleibt weiterhin privatrechtlich zu entscheiden.

Das Gesamtstädtische Standortkonzept Freiflächenphotovoltaik (FFPV) verfolgt das Ziel, die Entwicklung von FFPV-Anlagen zu unterstützen und deren räumliche Steuerung zu ermöglichen. Damit soll das Konzept als politisch gestützter Fachbeitrag eine strategische Arbeitsgrundlage für die Stadtentwicklung und die Bauleitplanung sowie für weitere betroffene Fachbehörden dienen. Das Gesamtstädtische Standortkonzept FFPV zielt auf eine Mehrstufigkeit im Prozess und stellt eine Abschichtung für das weitere Planungs- und Genehmigungsverfahren dar.

Der Beirat verständigt sich darauf, den Entwurf zur Stellungnahme in seiner aktuellen Fassung abzulehnen und den Gegenvorschlag von Frank Müller-Wagner (CDU) anzunehmen, dass Dr. Kraß (Bündnis 90 / Die Grünen) den Entwurf mit seinen Anmerkungen abändert und nach Absprache mit Frau Penning (CDU) den Beiratsmitgliedern weiterleitet, sodass OAL Kook die Stellungnahme bis spätestens Donnerstag, den 25.06.2026, an die Behörde übersenden kann.

Sachstand B-Plan und weitere Schritte Wohnpark Oberneuland

Am Donnerstag, den 26.06.2026, findet im Gemeindesaal der Kirchengemeinde Oberneuland eine Einwohnerversammlung im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) statt.

In dieser Einwohnerversammlung werden die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung sowie die voraussichtlichen Auswirkungen dargelegt. Dabei wird allen interessierten Bürger Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung gegeben.

Vertreten sind seitens der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung (SBMS) Herr Lakemann, seitens des Planungsbüros BPW Stadtplanung Herr Lemke sowie seitens der Wirtschaftsförderung Bremen (WFB) Herr Opielka. Sowohl die senatorische Behörde für Wirtschaft, Häfen und Transformation (SWHT) als auch die Projektgesellschaft werden hingegen nicht an der Versammlung teilnehmen.

Sobald der Entwurf des B-Plans in seiner endgültigen Fassung vorliegt, wird dieser für die Öffentlichkeit ausgelegt. Bürger und der Beirat können hierzu Stellungnahmen einreichen.

Tempo 30 – Nedderland

Über das Ortsamt ist eine Anfrage zur Einführung einer Tempo-30-Regelung von der Marcusallee bis in die Straße Nedderland eingegangen. Der Antrag kommt ursprünglich aus Horn. Aufgrund der komplizierten Zugehörigkeiten des Nedderlands zu Horn und Oberneuland ist dieser ebenso in Oberneuland eingegangen.

Es ist beabsichtigt, die Marcusallee auf den Teilabschnitten von Hausnummer 1 bis Hausnummer 23 und von Hausnummer 41 bis zur Einmündung Deliusweg sowie den gesamten Straßenzug „Nedderland“ als hochfrequentierten Schulweg mit Tempo 30 gemäß § 45 Abs. 9 Nr. 6 StVO auszuweisen. Bei einer Vor-Ort-Prüfung wurde festgestellt, dass die Voraussetzungen hierfür gegeben sind.

Der ASV bittet um Stellungnahme bis zum 02.07.2026.

→ Der Beirat stimmt dem Vorhaben einstimmig zu.

Eichenprozessionsspinner

Felix Eichner (SPD) hat hierzu kurzfristig eine Anfrage gestellt.

Frank Müller-Wagner (CDU) merkt hierzu an, dass eine Beschäftigung mit der Anfrage aufgrund der Kurzfristigkeit in den Fraktionen nicht möglich war. Aus diesem Grund wurde nicht über die Anfrage abgestimmt. Er verweist auf § 7 (Informationsrechte des Beirates). Die Anfrage solle auf eine nächste Sitzung verschoben werden. Zudem kritisiert er die Vorgehensweise als „Arbeitsbeschaffungsmaßnahme“. Schließlich sei der Inhalt aufgrund des gesamtstädtischen Bezugs in der Bürgerschaft „besser aufgehoben“.

OAL Kook stimmt der vorangegangenen Aussage zu. Der Antrag sei formell zu kurzfristig im Ortsamt eingegangen. Zudem lasse sich weniger ein Beiratsbezug erkennen als vielmehr ein gesamtstädtisches Problem.

OAL Kook ist nur ein kleines Nest am Achterdieksee bekannt. Darüber hinaus konzentriert sich der Umweltbetrieb Bremen (UBB) momentan verstärkt auf Schulen und Kindertageseinrichtungen.

→ Der Beirat lehnt die Anfrage mit 8 Nein-Stimmen, 1 Ja-Stimme und 1 Enthaltung ab.

TOP 5 Wünsche und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern

OAL Kook berichtet, dass ein Baum auf das Haus des Guts Hodenberg gefallen ist. Dieser befindet sich allerdings auf einem Privatgrundstück.

Uwe Bornkeßel (FDP) ergänzt, dass privatrechtlich Schadensersatz gefordert werden kann, sofern der Nachbar bzw. die Nachbarin vorab auf den beschädigten Baum aufmerksam gemacht worden sei.

Zuständig für den öffentlichen Baumbestand ist der Umweltbetrieb Bremen (UBB).

Aus dem Publikum wird nachgefragt, ob es einen Sachstand zu den unvollendeten Bauten, etwa in der Rockwinkeler Heerstraße, gibt.

Frank Müller-Wagner (CDU) ergänzt, dass das Grundstück an der Rockwinkeler Heerstraße zwei neue Bauträger hat und das Vorhaben weitergeführt werden soll.

Zu dem Grundstück an der Rockwinkeler Landstraße vor der Autobahnunterführung haben weder er noch OAL Kook neue Informationen.

TOP 6 Berichte

Berichte von den Ausschüssen

Petra Penning (CDU) berichtet von den Ergebnissen des Mobilitätsausschusses am 04.06.2026.

Gesamtstädtisches Standortkonzept Freiflächenphotovoltaik (FFPV)

Zur Vorstellung des Konzeptes „Gesamtstädtisches Standortkonzept Freiflächenphotovoltaik (FFPV)“ wurden Referentinnen der senatorischen Behörden SBMS und SUKW eingeladen.

In Oberneuland kommt eine Fläche nördlich des Bultensees infrage. Aus dem Abwägungsprozess heraus reduziert sich die Eignungsfläche auf 16,93 ha mit einem flächenbezogenen Leistungspotenzial von 10,2 MW und einer großflächig einheitlichen Eigentümerstruktur (7 private Einzeleigentümer).

Der Beirat wird hierzu noch eine Stellungnahme abgeben.

Sachstand mobil.punkt (CarSharing) Oberneulander Heerstraße / Am Holdheim

Zum Sachstand des mobil.punkt (CarSharing) Oberneulander Heerstraße / Am Holdheim berichtet Frau Penning (CDU), dass es derzeit keine CarSharing-Station in Oberneuland gibt. Allerdings ist ein mobil.punkt mit drei CarSharing-Fahrzeugen im neuen Baugebiet an der Oberneulander Mühle eingeplant. Des Weiteren soll CarSharing im „Wohnpark Oberneuland“ als mobil.punkt integriert werden.

Ein dritter mobil.punkt ist Am Holdheim/Ecke Oberneulander Heerstraße – nahe der Haltestelle Apfelallee – vorgesehen. Letztgenannter mobil.punkt ist bereits in der konkreten Planung. Es werden zwei CarSharing-Stellplätze inklusive Ladeinfrastruktur für CarSharing-Fahrzeuge installiert und Fahrradbügel an der Seite aufgestellt. Das kleine, übrig gebliebene Gehwegstück aus der Vorplanung entfällt.

Ende September wird ein Interessenbekundungsverfahren für die Standorte eröffnet. Es erfolgt die Ausschreibung und Vergabe der Bauleistungen für aktuell 15 geplante mobil.punkt-Standorte. Die Umsetzung soll ab dem 2. Quartal 2027 beginnen (Prognose). Die Anwohner werden mit Beginn der Baumaßnahmen informiert.

Zur Radtour

→ Die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung und nachfolgend die BSAG wurden aufgefordert, an der Haltestelle Ludwig-Sütterlin-Straße (Wendepunkt der Linie 31, Kreisel Büropark) unverzüglich ein Wartehäuschen (Regenunterstand) zu errichten. Der Unterstand wird entsprechend der Begründung des Antrags aufgestellt.

→ In Bezug auf die Querungssituation (Fußgängerüberweg) Oberneulander Landstraße/Ecke Grundschule wird ein Vor-Ort-Termin vorgeschlagen, an dem das Ortsamt, der Beirat, Lehrkräfte der Grundschule, eine Kontaktpolizistin (KOP) und ggf. das Amt für Straßen und Verkehr (ASV) teilnehmen. Ziel ist es, sich die Querungssituation nochmals anzuschauen und eine geeignete Lösung zu finden.

Berichte von der Seniorenvertretung

Hannes Fiedler hat keine Meldungen zu berichten. Weiterhin arbeitet die Seniorenvertretung an der Stärkung der Mitwirkungsrechte älterer Menschen im gesamten Bundesgebiet.

In Bremen wird ein Landesseniorenmitwirkungsgesetz verfolgt, das die aktive Teilhabe von Senior an sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Entscheidungen fördert, mit dem Ziel, die Interessen älterer Menschen systematisch in die politische Willensbildung einzubringen und deren Fähigkeiten und Erfahrungen zu nutzen. In anderen Bundesländern gibt es vergleichbare Ansätze.

Berichte aus den Fraktionen

Keine Meldungen.

Berichte von der Beiratssprecherin

Tamina Kreyenhop (CDU) berichtet vom Controllingausschuss und verkündet, dass das SaSu mit zwei pädagogischen Stellen weiterhin gefördert wird – sehr zur Freude aller anwesenden Personen. Die institutionelle Förderung läuft bis auf Weiteres und ist zeitlich nicht begrenzt.

Berichte aus dem Ortsamt

OAL berichtet von weniger Beschwerden zum Thema Grillen und Müll am Strand des Achterdieksees.

Am 16.06.2026 hat eine Sondersitzung mit dem Ortsamt Borgfeld zum Thema „Ergebnisse der Untersuchung Hochwasser 2023/24“ stattgefunden.

Im Ergebnis werden neue Bemessungswasserstände zwischen 4 und 4,10 m festgestellt. Diese entsprechen damit der aktuellen Deichhöhe. In diesem Kontext ist eine Deicherhöhung um 1 m geplant.

Der Generalplan *Hochwasserschutz Binnen* wird derzeit verbreitet und soll 2028 vorgelegt werden. Darin wird ein konkretes Bauprogramm für Deiche und abflussverbessernde Maßnahmen festgehalten. Hierfür stehen Mittel in Höhe von 2,741 Mio. € zur Verfügung.

Eine ausführliche Präsentation ist auf der Webseite des Orsamentes Borgfeld abrufbar.

Frau Tamina Kreyenhop (CDU; Beiratssprecherin) kritisiert, dass eine Woche zuvor bereits mit denselben Personen zum Thema eine interne Informationsveranstaltung der SPD-Fraktion stattgefunden hat. Die Terminplanung sei sehr unglücklich gewählt gewesen. Hinsichtlich der zeitlichen Nähe zum gleichen Thema habe dies bei vielen Bürger zu Verwirrung geführt.

Herr Eichner (SPD) gibt zu verstehen, dass die Veranstaltung vom Deputationssprecher Derik Eicke geplant und durchgeführt wurde. Die Beiratsfraktion hatte darauf keinen Einfluss.

TOP 7 Verschiedenes/Termine

Der Termin zum Bildungsausschuss am 02.09.2026 ist angefragt.

Bremen, den 28.08.2026

Sitzungsleitung OAL Kook

Protokoll Tamara Priemel